



## DAS SYSTEM KOCH - HAUPTSACHE GEFOLGSCHAFT

Die Berufung von Kristina Köhler (CDU) zur neuen Bundesfamilienministerin und die Absetzung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender zeigt nach unserer Meinung einmal mehr die Funktionsweise des Systems Roland Koch und der hessischen CDU-Spitze. Gefolgschaft geht vor Qualifikation. Und der Staat wird dabei zur Beute.

Man konnte viel über das politische System der Spitze der Hessen-CDU lernen. Ein Bundesminister, der sowohl in seinem vorherigen als auch im jetzigen Amt fachlich überfordert war und nur aufgrund seiner Vasallentreue zu



Roland Koch (CDU)

Bild: Armin Kübelbeck / Wikimedia

Roland Koch überhaupt ins Amt kam, tritt zurück. Eine unterforderte Familienministerin, die nicht Gesundheitsministerin werden durfte, wird Sozialministerin. Und der freie Platz geht an die junge, bedingungslos loyale Gefolgsfrau, die keine Ahnung von Familienpolitik hat.

### FACHLICHE QUALIFIKATION?

So wie einst Jung kommt nun auch Köhler allein durch ihre Loyalität zu Koch und zur hessischen CDU-Spitze ins Amt. Familienpolitisch ist sie bislang nicht aufgefallen und im „Jugendkriminalitätswahlkampf“ von Roland Koch im Januar 2008 hat sie noch kruderer Zeug erzählt hat als der Ministerpräsident.

Dass die Hessen-CDU sie ins Familienressort schickt und damit auf das wichtige Arbeitsressort verzichtet, ist bezeichnend. Die Spitze der Hessen-CDU hat die Sozialpolitiker in den eigenen

Reihen systematisch marginalisiert, kein Wunder, dass es keinen mehr gibt, der ein Arbeits- und Sozialministerium leiten könnte.

### DIE ABSETZUNG BRENDERS IST EIN SKANDAL

Der Fall des geschassten ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender zeigt ebenfalls, dass es Roland Koch nie um die Sache, sondern immer nur um seinen politischen Einfluss in allen Bereichen geht. Die maßgeblich von Koch betriebene Absetzung Brenders ist schlicht ein Skandal. Wir hoffen, dass die GRÜNE Bundestagsfraktion spätestens jetzt genügend Unterschriften von Bundestagsabgeordneten aus anderen Parteien bekommt, um das Quorum für unsere Normenkontrollklage gegen den ZDF-Staatsvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht zu erreichen.

## VORFAHRT FÜR KINDERLACHEN In Hessen regeln, was man in Hessen regeln kann

Kinder sind unsere Zukunft und Deutschland muss kinderfreundlicher werden, diesen oder ähnliche Aussagen hat man in den letzten Jahren immer wieder gehört. Und sie sind richtig. Wenn Deutschland die Auswirkungen des demographischen Wandels zumindest abschwächen will, dann muss die Politik alles tun um gute Voraussetzungen für Kinder und Erziehung zu schaffen. Und zum Entwicklungsprozess eines Kindes gehört nun einmal das Spielen und Spielen macht mitunter auch Lärm.

### BEKENNTNISSE REICHEN NICHT

Trotz vieler Lippenbekenntnisse zur Kinderfreundlichkeit, sieht die Realität mal wieder anders aus. Immer wieder stehen Kommunen und Gerichte in Hessen vor dem Problem: Anwohner beschwerten sich über Lärm von Kindergärten, Spielplätzen und Kindertagesstätten. So zum Beispiel ein Fall in Frankfurt, der zuletzt Schlagzeilen machte. Ein Ehepaar fühlte sich durch das Spielen von Kindern so gestört, dass es Lärmschutzmaßnahmen

oder gar die Schließung der Kindertagesstätte forderte.

Bisher kann Kinderlärm wie Gewerbelärm behandelt werden. Es kann also zu



Marcus Bocklet, MdL

Gerichtsurteilen kommen, durch die die Nutzung von Kindertagesstätten oder Kinderspielplätzen verboten oder eingeschränkt wird. Das wollen wir ändern: Kinder sind keine Kreissägen. Es kann

### KINDERLÄRM UNVERMEIDBAR

nicht sein, dass immer nur in Sonntagsreden mehr Kinderfreundlichkeit ver-

langt wird, wenn es darauf ankommt, aber nichts dafür getan wird.

Durch den von uns vorgelegten Gesetzentwurf soll gelten, dass durch kindliches Spielen erzeugter Lärm von entsprechenden Einrichtungen in der Regel als natürlich und unvermeidbar hinzunehmen ist. Trotzdem ist selbstverständlich, dass Kinder so zu erziehen sind, dass sie Rücksicht auf Nachbarn nehmen. Geräte auf Spielplätzen sind so zu gestalten, dass sie möglichst leise sind und die

### KINDER IN DEN MITTELPUNKT

Spielplätze sollen auch nicht rund um die Uhr genutzt werden dürfen. Klar ist aber, dass die Kinder im Mittelpunkt stehen sollen und ihre Bewegungsfreiheit nicht der Willkür anderer unterworfen werden soll.

Das Bundesland Berlin hat das bereits so gemacht und wenn der Spruch ‚Kinderlärm ist Zukunftsmusik‘ auch in Hessen Bestand haben soll, dann ist es an der Zeit, unseren Gesetzentwurf umzusetzen.



# HESSEN BEKOMMT LANDESSOZIALBERICHT

## Lange Jahre konstruktiver Arbeit haben sich gelohnt

Unsere lange und beharrliche konstruktive Facharbeit hat sich endlich auszahlt. In seiner Sitzung hat der Landtag einstimmig beschlossen, dass endlich auch in Hessen ein Landessozialbericht erarbeitet wird. Damit wird es auch in Hessen möglich, die Wirkung von Sozialpolitik zur Verminderung oder Vermeidung von Armut im Sinne der Bürgerinnen und Bürger weiter zu entwickeln.

### VIELE GRÜNE VORSCHLÄGE SIND MIT EINGEFLOSSEN

Mit großer Freude haben wir diese Entscheidung zur Kenntnis genommen. Die Landesregierung hatte sich in der Vergangenheit stets geweigert, unseren

Vorschlägen zu folgen. Besonders erfreut sind wir darüber, dass in der Sitzung noch viele fachlich fundierte Vorschläge, die wir bereits in einem Gesetzentwurf formuliert hatten, mit in die Aufgabenbeschreibung für den Bericht eingeflossen sind. So wird die Landesregierung beispielsweise über den im Bund und anderen Bundesländern üblichen Standard von Armuts- und Reichtumsberichten hinausgehen.

### SOZIALPOLITIKER DER REGIERUNG SCHEINBAR LERNFÄHIG

Die Sozialpolitiker von CDU und FDP haben scheinbar an diesem Punkt – im Gegensatz zu einigen ihrer Kollegen in

anderen Bereichen - gemerkt, dass auch Oppositionsfraktionen zur Qualität von Regierungshandeln beitragen können. Wir werden jetzt abwarten, welche Ergebnisse uns die Landesregierung in dem Landessozialbericht noch in dieser Legislatur vorlegen wird.

### ARMUT IN HESSEN BEKÄMPFEN

Auf dieser Grundlage werden wir dann die Bestandsaufnahme und die Wirksamkeit von sozialpolitischen Maßnahmen prüfen um weiter konstruktiv an dem Ziel zu arbeiten, in Hessen Wege in die Armut zu verhindern und den Menschen Wege aus der Armut zu eröffnen.



# BOLOGNA ANHÖRUNG IM HESSISCHEN LANDTAG

## Schwächen der Reform müssen dringend korrigiert werden

Am 9. Oktober hat die Fraktion eine Fachanhörung zum Thema: „10 Jahre Bologna – Augen zu und durch – oder eine durchdachte Reform?“ durchgeführt. Sarah Sorge, Sprecherin für Wissenschaft und Hochschule und Angela Dorn, Sprecherin für Belange der Studierenden, hatten ausgewiesene Experten und Interessierte eingeladen, sich an einer lebhaften Diskussion zu beteiligen. Zurückblickend kann man sagen, dass die Bolognareform ein enormes Reformpotential hat, die bisherige Umsetzung an den deutschen Hochschulen jedoch eine Karikatur vieler positiver Ziele des Bolognakonzepts ist. Zehn Jahre Übungsphase sind mehr als genug, es ist höchste Zeit, dass der Kritik landauf und landab jetzt Rechnung getragen wird.

### DIE STARRE UMSETZUNG IST KONTRAPRODUKTIV

Wir fühlten uns in vielen unserer Forderungen bestätigt, denn bei allen Anzuhörenden wurde deutlich, dass die bisherige starre Umsetzung der Bolo-

gnareform in Deutschland völlig kontraproduktiv ist. So sind sechssemestrige Bachelor-Studiengänge die Mindestanzahl, in deutschen Hochschulen werden sie aber leider als Höchstsemesteranzahl verstanden. Eine Erhöhung auf acht Semester wäre also möglich und in vielen Studiengängen auch sinnvoll. Genau-

### SECHS SEMESTER STUDIENZEIT SIND NICHT VORGESCHRIEBEN

so ist die hohe Arbeitsbelastung der Studierenden ein Fehler der deutschen Umsetzung und nicht durch Vorgaben der Bolognaerklärung zu erklären. Anwesenheitspflichten und Prüfungen bei einzelnen Seminaren und Vorlesungen sind die negative Folge, dass in deutschen Hochschulen die Original-Bolognaerklärung wohl nie gelesen wurde. Die Steigerung der Mobilität ins Ausland ist durch eine flexiblere Anerkennungspraxis zu erreichen. Für die Steigerung der Mobilität in den biographischen Bildungsverläufen kann der Ausbau des Teilzeitstudiums eine Lösung bieten,

gleichzeitig ist der Frage nach einer Anpassung des BAföG nachzugehen. Es ist Zeit, dass starre Regeln zugunsten von flexiblen Lösungen weichen, um den individuellen Bedürfnissen von Studierenden und verschiedener Studiengänge Rechnung zu tragen und um die Chancengleichheit an deutschen Hochschulen zu erhöhen.

Gleichzeitig haben die verschiedenen Beiträge der Anzuhörenden die Komplexität bisheriger Fehlentscheidungen und Versäumnisse deutlich gemacht. In der Anhörung kamen verschiedenste Akteure aus den Universitäten und aus Einrichtungen zur Umsetzung der Bolognareform, genauso wie Vertreter aus Wissenschaftsverbänden, des Akkreditierungswesens und des weiteren Umfelds der Universitäten wie Arbeitgebervertreter und Medien zu Wort. In der Diskussion mit den verschiedenen Vertretern konnten trotz unterschiedlicher

### WIR BRAUCHEN EINEN RUNDEN TISCH ALLER BETEILIGTEN

Positionen und Meinungen über die Perspektive der deutschen Hochschulen gemeinsame Lösungen für eine Reform der Bolognareform erarbeitet werden. Unsere Fraktionsanhörung hat also gezeigt, dass wir einen runden Tisch auf Bundes- und Landesebene mit allen Beteiligten und Betroffenen brauchen. Nur mit deren Expertise und einer Einigung der Akteure kann eine Reform der Bolognareform gelingen.



Die Anhörung im Hessischen Landtag war gut besucht



# HÜH-UND-HOTT-HAHN HILFT HESSEN NICHT

## Jörg-Uwe Hahn (FDP) erzählt heute dies und morgen etwas anderes

Mehrmals ist der stellvertretende Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn (FDP) bereits als jemand aufgefallen der seine Position von heute auf morgen verändern kann.

### STEUERREFORM ZU LASTEN DER BUNDESLÄNDER?

Hahn hatte in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ vom 1. November 2009 erklärt: „Wir brauchen eine große Steuerreform, aber es kann nicht sein, dass alles zu Lasten der Länder geht.“ In einer FDP-Erklärung vom 31. Oktober 2009 heißt es hingegen: „Die hessischen Liberalen unterstützen voll und ganz den Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP auf Bundesebene...Schäuble wird aber nun schnellst möglich die

Vorarbeiten zur modernen Steuerreform betreiben müssen.“ Der Koalitionsvertrag bedeutet jedoch, dass gemäß der Verteilung der Steuereinnahmen auf die staatlichen Ebenen die Länder 42,5 Prozent und die Kommunen 15 Prozent der Steuerausfälle bei der Einkommenssteuer tragen müssten. Wir fordern den stellvertretenden Ministerpräsidenten auf, seine widersprüchlichen Aussagen sein zu lassen und sich ganz konkret für



Jörg-Uwe Hahn (FDP) im Plenarsaal

die Interessen des Landes Hessen einzusetzen. Andere Regierungschefs wie Peter Müller, Stanislaw Tillich und Ole von Beust tun dies bereits.

### SELBST CDU WAR IRRITIERT

Auch bei der inzwischen geplatzten Entscheidung über die Übernahme von Opel durch Magna wurde der Reigen widersprüchlicher Aussagen so bunt, dass sich selbst die CDU im September irritiert über Jörg-Uwe Hahn zeigte.

Angesichts der Finanzkrise und der besonders schwierigen Haushaltslage in Hessen braucht die Regierung zumindest eine klare Linie, die der stellvertretende Ministerpräsident vermissen lässt. Der Hüh-und-Hott-Hahn hilft Hessen jedenfalls nicht.



## KURZ NOTIERT

### Mandatswechsel - Personalien - Arbeitsumstände - Fraktion 2.0

#### NEU IN DER FRAKTION

Die Fraktion hat nach der Sommerpause ihr neues Mitglied, Daniel May, offiziell begrüßt. Er ist für Martin Häusling nachgerückt, der in das Europäische Parlament eingezogen ist.



Daniel May

Daniel May, der aus dem Kreis Waldeck-Frankenberg stammt und in Korbach wohnt, übernimmt die bisherigen Funktionen Martin Häuslings als Sprecher für ländlichen Raum und Gentechnik. Er ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, im Europaausschuss und im Unterausschuss Justizvollzug.

#### DREIGESTIRN

Längst überfällig war sie, die Renovierung der Räumlichkeiten der Fraktion im Hessischen Landtag. Darin sind sich alle einig. Trotzdem ist die Situation der Fraktion mit Beginn der Arbeiten gewöhnungsbedürftig. Die Fraktionsmitglieder sind auf drei verschiedene Orte verteilt und müssen zum Teil erheblichen Baulärm bei der Arbeit ertragen. Die Arbeiten sollen in sechs Monaten abgeschlossen sein. Hoffentlich!

#### PERSONALIA

In den vergangenen Monaten, hat es in unserem Mitarbeiterinnenstab einige Veränderungen gegeben, über die wir

an dieser Stelle informieren möchten.

Jenny Knappe verstärkt seit dem 1. Oktober die Fraktion. Jenny ist Referentin des Fraktionsvorsitzenden, zweite stellvertretende Pressesprecherin und zuständig für die Themen Medien, Kultur und Verwaltungsreform.



Jenny Knappe

Unser Vorstandsreferent Walter Stern wird sich künftig verstärkt um die Vernetzung unserer Fraktion mit den GRÜNEN KommunalpolitikerInnen, Kreisverbänden und Regionalbüros kümmern. Er ist darüber hinaus für den Themenbereich Europa zuständig und erster stellvertretender Pressesprecher.

Pia Walch hat sich ebenfalls verändert: Sie war Referentin des Fraktionsvorsitzenden und hat nun die Nachfolge von Ulrike Gauderer angetreten, die in eine neue Stelle außerhalb der Fraktion gewechselt ist. Pia ist nun unsere Referentin für die Aufgabengebiete Innen, Recht, Kommunales, Integration und das Justizariat.



Manuel Stock

Manuel Stock hat die Position von Ulrike Müller, die die Fraktion ebenfalls verlassen hat, übernommen. Er ist jetzt der Referent für Bildung, Hochschule, Wissenschaft und Jugendberufshilfe.

#### NEUER PEPP IM WEB

Wir haben unseren Internetauftritt in den vergangenen Monaten umfassend modernisiert, aktualisiert und erweitert. Auf unserer Startseite findet man nun die Meldungen sofort und auf den ersten Blick mit Hilfe einer kleinen Bildergalerie, durch die man blättern kann. In der rechten Spalte sind unter „GRÜNE in den Medien“ besonders interessante Medienberichte in der Presse und auch im Fernsehen topaktuell verlinkt. Außerdem sind unsere Themenrubriken seit kurzem umfassend erweitert und ergänzt, so dass zu jedem unserer Themen alle wichtigen Informationen schnell und kompakt zu finden sind. Der schnelle Draht zu uns ist über die neue Kontaktseite zu finden, auf der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den jeweiligen Zuständigkeiten übersichtlich aufgeführt werden. Unsere Rubrik Plenum informiert über die wichtigsten Themen und GRÜNEN Tagesordnungspunkte der Landtagssitzungen.

Unter der Rubrik „Fraktion 2.0“ haben wir die Accounts unserer Abgeordneten bei den Netzwerken Facebook, KWK und Twitter übersichtlich verlinkt.

Außerdem haben wir als neuen Service in unserer Rubrik „Fraktionsgezwitscher“ alle Tweets unserer auf Twitter vertretenen Landtagsabgeordneten auf einer Seite zusammen geführt.

[www.gruene-fraktion-hessen.de](http://www.gruene-fraktion-hessen.de)



# 20. JAHRESTAG DES MAUERFALLS

## Gemeinsame Erklärung der Landtagsfraktionen aus Hessen und Thüringen

Anlässlich des 20. Jahrestags des Mauerfalls haben sich die GRÜNEN Landtagsfraktionen aus Hessen und Thüringen zu einer gemeinsamen Tagung in Geisa am Point Alpha getroffen. Nach dem Einzug der GRÜNEN in den Thüringer Landtag bei der Wahl im September, wollten die beiden Fraktionen sich abstimmen und künftige Aufgaben gemeinsam angehen. Diese Absichten haben sie in einer gemeinsamen Erklärung verabschiedet, in der es vor allem um den Fall der Mauer, die Teilhabe in der Demokratie und den Klimaschutz geht.

### FRÜHE ZUSAMMENARBEIT

So heißt es in der Erklärung: „Die Friedliche Revolution in der DDR führte schließlich zum Fall der Mauer und beendete damit auch die Blockkonfrontation von Nato und Warschauer-Pakt. Daran hatten die Menschen in ganz Europa einen großen Anteil. Die Friedliche

Revolution in der DDR wäre ohne die Oppositionsbewegungen in Osteuropa nicht denkbar gewesen.“ Und weiter in Bezug auf die Zusammenarbeit der Oppositionsbewegungen mit den GRÜNEN: „Die Oppositionsbewegung der DDR war stark geprägt vom Kampf für eine saubere Umwelt. So entstand schon früh eine Zusammenarbeit mit den noch jungen GRÜNEN. Vergiftete Flüsse, töd-

liche Altlasten und gesundheitsgefährdende Atemluft bedrohten die Menschen. Heute steht die Aufgabe vor uns, weltweit das Klima zu schützen, denn schon jetzt sind Millionen von Menschen durch den Klimawandel bedroht. Diese Aufgabe stellt sich auch vor unserer Haustür, wie die fortwährende Versalzung des thüringisch-hessischen Flusses Werra durch den Kaliabbau zeigt.“ Und abschließend: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Landtagen von Thüringen und Hessen werden diese Aufgaben wo immer möglich gemeinsam angehen. Der Erfolg der Friedlichen Revolution in der DDR zeigt auch 20 Jahre nach dem Mauerfall, dass sich diese Beharrlichkeit auszahlt.“

Die komplette Erklärung findet sich unter:

[www.gruene-fraktion-hessen.de](http://www.gruene-fraktion-hessen.de) -  
Publikationen



Die Fraktionsvorsitzenden Anja Siegemund und Tarek Al-Wazir in Geisa



# IM PLENUM: GRÜNE INITIATIVEN

## Mogelschinken - Zukunftsenergiegesetz - Nichtraucherschutz - Schulsozialarbeit

### VERBRAUCHERSCHUTZ

Obwohl die Nutzung von Imitaten im Lebensmittelbereich schon seit Jahren bekannt ist, hat es die Landesregierung versäumt angemessene Prüf- und Kontrollsysteme zu etablieren. Deswegen wollen wir ein neues Instrument einführen, dass dem Verbraucher deutlich zeigt wo sauber und ohne Imitate gearbeitet wird. Zum einen sollen die Betriebe, in denen gegen die Kennzeichnungspflicht von Imitaten verstoßen wird, bei Auffälligkeiten veröffentlicht werden. Zum anderen wollen wir diejenigen Betriebe die sich freiwillig einem Test unterziehen und diesen bestehen positiv kennzeichnen. In Berlin wird ein solches Verfahren bereits angewendet. Der Bürger sollte eben selbst entscheiden können.

### ZUKUNFTSENERGIE

Mit unserem Vierten ZukunftsEnergie- und Klimaschutzgesetz zeigen wir GRÜNEN, wie das Hessische Landesplanungsgesetz gestaltet werden muss, um den Erneuerbaren Energien landesplanerisch Vorrang zu verschaffen. Wir wollen dadurch gleichzeitig ineffiziente neue Großkraftwerke wie das Kohlekraftwerk Staudinger verhindern. Dieser Gesetzentwurf unterstützt nicht nur den drin-

gend notwendigen Klimaschutz sondern auch unser GRÜNES Ziel, die hessische Stromversorgung bis zum Jahr 2030 auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzustellen und 40.000 zusätzliche Jobs im Umweltbereich zu schaffen.

### SCHULSOZIALARBEIT

Mit einem konkreten Finanzierungsvorschlag wollen wir doch noch einen deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit erreichen. Wir greifen damit das vom früheren Kultusminister Banzer (CDU) gegebene Versprechen einer Drittelfinanzierung durch Land, Schulträger und Kommunen auf. Durch eine Umschichtung im Haushalt des Kultusministeriums wollen wir 2,835 Millionen Euro an Landesmitteln für die Schulsozialarbeit bereitstellen. Inklusiv der Mitfinanzierung der beiden anderen Partner würden aus einem Euro Landesgeld drei Euro für die Arbeit der Schulen. Somit stünden rund 8,5 Millionen Euro für Schulsozialarbeit zur Verfügung. Davon könnten über 200 Schulsozialarbeiter zusätzlich beschäftigt werden.

### NICHTRAUCHERSCHUTZ

Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes

eingebraucht, der eindeutig in die falsche Richtung geht. Der Gesetzentwurf schafft mit Ausnahmeregelungen nicht nur mehr Bürokratie sondern auch unklare Rechtstatbestände. Warum werden beispielsweise Spielcasinos in einen Sonderstatus erhoben?

Deswegen haben wir einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der auf konsequenten Nichtraucherschutz setzt und Rechtssicherheit für alle Beteiligten ermöglicht. Das ist der richtige Weg, denn neben dem geringeren Bürokratieaufwand und der Rechtssicherheit, hat sich deutlich gezeigt dass die Akzeptanz des konsequenten Nichtraucherschutzes deutlich zugenommen hat (auf 73,4%).

## IMPRESSUM

**Herausgeberin**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611/350 582  
E-Mail: [gruene@ltg.hessen.de](mailto:gruene@ltg.hessen.de)

**V.i.S.d.P.**  
Mathias Wagner  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Redaktion & Layout**  
Till Haupt

**Fotos**  
Eigene, S. 1 oben: Armin Kübelbeck,  
wikimedia, lizenziert unter CC-SA3.0

Druck Juni 2009